

# SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

DIE ZEITUNG FÜR KMU

AZA 3001 Bern

**RAUMPLANUNGSREVISION** - Der Gewerbeverband ergreift das Referendum gegen das missratene Gesetz (RPG) und zählt auf die Unterstützung aller freiheitlichen und föderalistischen Kräfte.

## Das Volk soll entscheiden

Der Gewerbeverband wagt den Hosenlupf: Auf Antrag des Vorstand beschloss die Schweizerische Gewerkekammer mit klarem Mehr, das Referendum zu lancieren. Die Unterschriftensammlung ist bereits angelaufen. Dieser sgz-Ausgabe liegt ein Unterschriftenbogen bei, weitere können im Internet heruntergeladen werden ([www.rpg-revision-nein.ch](http://www.rpg-revision-nein.ch)).

### Angriff auf Eigentumsrechte

Die RPG-Revision erachte der Verband als missratene und mutlose Antwort des Parlaments auf die rot-grüne Landschafts-Initiative. Der indirekte Gegenvorschlag, den der sgv nun zu Fall bringen möchte, geht in einigen Bereichen sogar weiter als das Volks-



Die Raumplanung muss so gestaltet werden, dass sowohl die Bedürfnisse der Natur als auch jene der Menschen berücksichtigt werden.

### SIEBEN GUTE GRÜNDE

- Eine Unterschrift für das Referendum gegen die RPG-Revision ist nötig, weil
- die Eigentumsfreiheit geschützt werden muss;
- Zwang und Entmündigung keine Lösungen sind;
- das Wohnen nicht noch teurer werden soll;
- neue Steuern verhindert werden müssen;
- die Bürokratie nicht überbordend darf;
- die Volkswirtschaft zum Wachstum Raum benötigt;
- die Kantone keinen Bundesvorwand brauchen.

### LINK

[www.rpg-revision-nein.ch](http://www.rpg-revision-nein.ch)

begehren selbst. «Drei zentrale Punkte sind für uns absolut inakzeptabel, betont sgv-Präsident Jean-François Rime. «Sowohl die Rückzonungspflicht von zu grossen Bauzonen als auch die Verpflichtung zur Zwangsüberbauung der Grundstücke innert bestimmter Fristen und die zwingende Bundeslösung zur Mehrwertabgabe schränken die verfassungsmässigen Eigentumsrechte massiv ein.» Der sgv befürchtet, dass alle diese bodenrechtlich fragwürdigen und eigentumsfeindlichen Zwangsmassnahmen zu einer weiteren Verknappung und in der Folge zur Verteuerung von Bauland führen würden. «Das bedeutet automatisch Anstieg von Mieten für Wohnungen und Gewerberäume sowie generell höhere Immobilienpreise. Diese Entwicklung wird also nicht die

Reichen und die Spekulanten treffen, sondern vorab die grosse Mehrheit der Mieter und der KMU», hält Rime fest.

### Neue Steuern, mehr Bürokratie

Der sgv sagt auch klar Nein zu neuen und/oder höheren Steuern, Abgaben und Gebühren und wehrt sich gegen mehr Bürokratie und komplizierte Verfahren, welche die Umsetzung dieser Gesetzesrevision zur Folge hätte. Bei der Rückzonungspflicht stelle sich zudem die Frage, ob die horrenden finanziellen Entschädigungen von den Gemeinden überhaupt bezahlt werden können. Der sgv-Präsident ist skeptisch: «In vielen Fällen geht es um sehr hohe Summen. Sie müssen aber aufgebracht werden, wenn wir weiterhin zur Freiheit des Eigentums und damit zum Rechtsstaat stehen wol-

len.» Auf dem Spiel stehe aber auch das föderalistische Prinzip, weil die Raumplanung gemäss Verfassung grundsätzlich Sache der Kantone ist. Die RPG-Revision gebe dem Bund neue Kompetenzen, dank derer er den Kantonen Vorschriften zur Ausgestaltung der Richtpläne aufzwingen kann.

### Kein Nein zur Raumplanung

«Es gibt Weichenstellungen, über die nicht nur das Parlament, sondern auch das Volk befinden sollte. Die RPG-Revision ist eine solche einschneidende Regulierung. Der Gewerbeverband ist angesichts seiner Zielsetzungen und Strategien quasi verpflichtet, das Referendum zu ergreifen, wenn er glaubwürdig bleiben möchte», betont Jean-François Rime. Er legt grossen Wert auf die Tatsache, dass dieses entschiedene Nein keine Absage an die Raumplanung selber ist. «Natur und Landschaft müssen geschützt werden, wir wollen uns ja unsere Heimat nicht kaputt bauen. Doch die Schweiz darf auch nicht zu Ballenberg verkommen.» Rime appelliert an alle Verbände und Organisationen, die sich den freiheitlichen und föderalistischen Grundsätzen verpflichtet fühlen: «Machen Sie unbedingt mit! Es steht sehr viel auf dem Spiel, wir brauchen eine breite Front für die Unterschriftensammlung und für die Abstimmungskampagne!» Lu

WEITERE BERICHTE  
AUF SEITEN 2 UND 3

### 30 JAHRE ADLATUS

#### Know-how der alten Füchse

In der Schweiz werden in den kommenden Jahren rund 60 000 KMU ihre Nachfolge regeln müssen. Viele schaffen es ohne fremde Hilfe nicht - und diese Hilfe kann der Verein Adlatus fachkundig und preiswert bieten, wie sein Kommunikationsbeauftragter Jürg Engi (Bild) betont. Die «Organisation der alten Füchsinnen und Füchse» feiert heuer den 30. Geburtstag. Lu

BERICHT SEITE 13



### INHALT

**WÄHRUNGSUNION** - Gemeinsame Zahlungsmittel gab es schon früher - zu meist ohne Erfolg. SEITE 6



**ENERGIEEFFIZIENZ** - Bei Rucola gibt es neben Spitzenprodukten auch Top-Ökostrategie. SEITE 8



**KÄLBERMAST** - Tierfreundliche Vorschriften sorgen für rötliche Fleischfarbe und rote Köpfe. SEITE 18



**MOBILITÄT** - Der sgv freut sich über das Umdenken des Bundesrates in Sachen zweiter Gotthardröhre. Und er macht einen eigenen Vorschlag zur Finanzierung.

## Langfristig die sinnvollste Variante

Der Gewerbeverband hat das Projekt der zweiten Röhre im Rahmen der Tunnelanierung stets energisch befürwortet. «Es ist langfristig die sinnvollste Variante. Dadurch wird sichergestellt, dass die Südschweiz während der Sanierung des heutigen Tunnels über eine gute Strassenverbindung in den Norden verfügt», hält sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler fest. Ein System mit zwei Röhren bebehe zudem das Risiko, dass der Kanton Tessin bei Betriebsunterbrüchen nach Unfällen oder Pannen vom Rest des Landes abgeschnitten wird. Andererseits sei diese Sanierungsvariante auch von der Sicherheit her langfristig die optimale Lösung, weil in Tunnelröhren mit Gegenverkehr die Unfallrate höher ist als in richtungsgetreuten Bauwerken. «Mit der Investition in einen

zweiten Strassentunnel kann ein bleibender Mehrwert erzielt werden, weshalb sie langfristig nachhaltig ist», betont Bigler. Er zweifelt nicht daran, dass die zusätzliche Röhre «absolut mit dem geltenden Alpenschutzartikel der Bundesverfassung vereinbar ist». Da pro Fahrtrichtung immer nur eine Spur in Betrieb sein werde, komme es zu keiner Kapazitätserweiterung.

### Autoimportsteuer anzapfen

Das Projekt dürfte Totalkosten von rund 2,8 Milliarden Franken verursachen. Der sgv würde es vorziehen, wenn die Finanzierung der Sanierungsvorlage mit Mitteln aus dem Strassenverkehrsfonds erfolgte. Die Einführung eines «Gotthardzolls» (nach dem Vorbild des Grossen St. Bernhard) lehnt der Verband



Bundesrätin Doris Leuthard möchte die zweite Gotthardröhre - doch zu welchen Konditionen?

ebenso ab wie Erhöhungen bei der Mineralölsteuer und Autobahnvignette. «Wir sind grundsätzlich gegen neue Steuern und Abgaben, auch einer privaten Finanzierung stehen

wir äusserst kritisch gegenüber», sagt der sgv-Mobilitätsexperte Dieter Kläy. «Grundinfrastrukturen sollten immer eine staatliche Aufgabe sein, wir wollen kein Roadpricing. In erster Linie geht es darum, die Quersubventionierung von der Strasse zur Schiene zu vermeiden.» Der Gewerbeverband schlägt aber auch eine eigene Finanzierungsvariante vor: Die Einnahmen aus der Autoimportsteuer sollen neu zweckgebunden sein. Kläy spricht von einer logischen Lösung: «Diese Steuer beträgt vier Prozent des Fahrzeugpreises. Sie generiert alljährlich etwa 400 Millionen Franken, die bisher in den allgemeinen Bundeshaushalt geflossen sind. Mit diesem Geld, das eigentlich den Autofahrern gehört, liesse sich die zweite Röhre problemlos bauen.» Lu